

*Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 8. Mai 1925<sup>1</sup>*

## 974. Österreich. Wirtschaftslage

Mündlich

Mit einer in jüngster Zeit an den Völkerbund gerichteten Note stellt Österreich das Gesuch, es sei seine wirtschaftliche Lage durch eine vom Völkerbund aus einer möglichst knappen Zahl wissenschaftlicher Fachleute zu bestellende Kommission zu untersuchen<sup>2</sup>. Österreich sucht in der Note darzutun, dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen seine wirtschaftliche Gesundheit und Entwicklung unmöglich sei, da ihm und namentlich seiner Industrie seit der Abtrennung von den übrigen früher mit ihm verbundenen Gebieten durch Aufrichtung von Zollschranken die nötigen Absatzgebiete fehlen. Nach einer Äusserung des Herrn Dr. Schüller, Sektionschef im österreichischen Bundeskanzleramt, beabsichtige Österreich auch alle seine Nachbarn auf die Unhaltbarkeit seiner Wirtschaftslage aufmerksam zu machen und ihnen den Abschluss einer Zollunion anzubieten. Zuverlässige Berichte bestätigen übrigens den schlechten Stand der österreichischen Volkswirtschaft<sup>3</sup>. Die Angelegenheit ist für die Schweiz von grosser Bedeutung, weil Österreich für sie, namentlich nach der starken Entwicklung der italienischen Industrie in der letzten Zeit, ein wichtiges Absatzgebiet für Industrieerzeugnisse bildet. Österreichs Bestreben geht auf die Rückkehr zum Freihandel. Das bringt für die Schweiz erhebliche Schwierigkeiten mit sich, da deren Zollpolitik durchaus auf dem Grundsatz der Meistbegünstigung beruht. Demzufolge würden Begünstigungen, die die Schweiz Österreich einräumt, sich sofort auch in ihren Handelsbeziehungen zu Deutschland, Frankreich, Italien u. s. w. auswirken, was die Schweiz nicht zu ertragen vermöchte. Die Schweiz ist daher kaum in der Lage, Österreich eine Sonderstellung einzuräumen, was sie doch voraussichtlich tun müsste, wenn allenfalls den Nachbarn Österreichs vom Völkerbund empfohlen werden wollte, Österreich gewisse Erleichterungen zu gewähren, um seine

1. *Abwesend: Scheurer.*

2. *Die österreichische Gesandtschaft unterrichtete das Politische Departement über diesen Vorstoss Österreichs durch ein am 26.4.1925 übergebenes Promemoria, welches als Annex abgedruckt ist.*

3. *L. Dubois, Präsident des Finanzkomitees des Völkerbundes, berichtete in diesem Zusammenhang dem Politischen Departement am 6.8.1925: La Confédération autrichienne reste économiquement faible et je crois, que la principale cause doit en être cherchée dans le découpage malencontreux qui a été fait de l'ancien Royaume. Il faudra beaucoup de temps pour rétablir un certain équilibre économique, mais je crois qu'on y parviendra. [...] Jusqu'à présent, le Comité financier n'a pas été nanti de l'expertise économique, qui vient d'être faite par deux spécialistes et j'ignore s'il sera appelé à se prononcer. Mais je ne serais pas surpris si l'on demandait certains adoucissements douaniers à tous les voisins de l'Autriche, y compris la Suisse. Notre pays, sans avoir à prendre une initiative dans cette question, peut être appelé à la discuter. [...] (E 2001 (C) 5/4).*

8. MAI 1925

59

wirtschaftliche Existenz zu ermöglichen<sup>4</sup>. Wie sehr die Sorge um sein Wirtschaftsleben Österreich bedrückt, geht auch aus den in letzter Zeit von massgebenden Persönlichkeiten Österreichs und Deutschlands gemachten Äusserungen über einen Anschluss Österreichs an das deutsche Reich hervor, dessen Verwirklichung für die Schweiz keineswegs erwünscht sein könnte. Alle diese Erwägungen lassen es geboten erscheinen, sich rechtzeitig darüber zu vergewissern, welche Folge der Völkerbund der eingangs erwähnten Note Österreichs zu geben gedenkt. Wenn der Völkerbund eine Untersuchungskommission einsetzen will, so sollte sie doch nicht ausschliesslich aus Vertretern der Wissenschaft gebildet, es sollten darin auch praktisch erfahrene Volkswirtschaftler berufen werden.

Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements würde auf Grund der vorstehenden Erwägungen, sofern der Rat damit einverstanden ist, seine Anwesenheit in Genf anlässlich des Zusammentritts der internationalen Arbeitskonferenz dazu benützen, um in der vorliegenden Angelegenheit beim Generalsekretariat des Völkerbunds Erkundigungen über die Absichten des Völkerbunds einzuziehen.

Der Rat stimmt diesem Vorgehen zu.

#### ANNEX

E 2001 (C) 5/4

*Die österreichische Gesandtschaft in Bern an das Politische Departement*

*Bern, 26. April 1925*

#### PROMEMORIA

Nach der Tagung des Hauptausschusses des österreichischen Nationalrates, in der die Regierung bekannt gegeben hatte, dass sie sich veranlasst sehe, den Rat des Völkerbundes zu ersuchen, die wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnisse in unserem Teile Europas einer Prüfung zu unterziehen, wurde der österreichische Vertreter beim Völkerbunde, der Gesandte Emmerich von Pflügl, beauftragt, dem Generalsekretariate des Völkerbundes das Ersuchen zu übermitteln, der Völkerbund möge die wirtschaftliche Lage schleunigst durch eine möglichst knappe Anzahl unpolitischer wissenschaftlicher Fachleute prüfen lassen, um die Rückwirkung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf die österreichische Sanierungsaktion festzustellen.

Die österreichische Regierung knüpft hiebei an jenen Passus der Genfer Herbstabmachungen von 1924 an, wo die Rede davon ist, dass die Prüfung der wirtschaftlichen Lage Österreichs eine der Bedingungen für die Beendigung der Kontrolle darstellt<sup>5</sup>. Es liegt der österreichischen Regierung viel daran, dass von unbefangener *[und]* kompetenter Seite der Stand der wirtschaftlichen Lage Österreichs geprüft werde. Diese Prüfung wird sicherlich zu dem Ergebnis führen, dass die wirtschaftliche Lage Österreichs vertrauenerweckend ist, und dass die Schwierigkeiten und Hindernisse, die der vollen wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs im Wege stehen, vor allem in dem übermässigen Protektionismus so vieler europäischer Staaten zu erblicken sind. Die österreichische Regierung ist daher der Ansicht, dass nach dieser Richtung hin dem Punkt 2 der Genfervereinbarungen vom September 1924 entsprochen wird. Diese Untersuchung wird zweifellos die für ganz Europa verderbliche Wirkung des protektionistischen Systems feststellen und wird wohl auch zur Erörterung der Wege führen, welche die noch vorhandenen Schwierigkeiten Österreichs zu beseitigen geeignet sind. Der Schritt der österreichischen Regierung beim Völkerbund ist auf die österreichischen Verhältnisse abgestellt. Es ist jedoch Absicht der österreichischen Regierung, die ganze Angelegenheit in Genf

4. *Vgl. dazu Nr. 50 und Nr. 142.*

5. *Vgl. SdN, Journal Officiel, 1924, Nr. 10, S. 1304f.*

11. MAI 1925

auf Grund des Berichtes der gemäss ihrer Anregung zu bestellenden Experten zu verhandeln u. zwar auf einer breiteren Basis, in dem es sich dann nicht nur um eine mit der österreichischen Sanierung zusammenhängende Frage handeln soll, sondern um eine europäische Wirtschaftsfrage.

Von dieser Absicht sind die diplomatischen Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslovakei im kurzen Wege in Kenntnis gesetzt worden.

Der weitere Vorgang dürfte der sein, dass der Völkerbund, wenn er auf den Antrag der österreichischen Regierung eingeht, zwei Experten nach Österreich entsendet, die einen Bericht ausarbeiten werden, der im Juni die Grundlage für die Verhandlungen im Finanzkomitee und im Völkerbundrate bilden wird.